

Haushaltsrede 2010
CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges
- gesperrt bis Dienstag, 11.05.2010, 17:00 Uhr -
(Es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Werner,
sehr geehrte Damen und Herren,**

**die sich bereits bei Aufstellung des Haushaltes 2009
abzeichnende Wirtschaftskrise hat auch Erkrath voll
erwischt.**

**Der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen um 30 %
bedeutet für die Stadt Erkrath ein Defizit von rund 14 Mio.
€. Die Ausgleichsrücklage von 4 Mio. € ist aufgebraucht.
Eine Verbesserung der Situation in den nächsten zwei
Jahren ist nicht in Sicht.**

**Es wäre nun die Pflicht der neuen Mehrheit gewesen, der
Verwaltung Bereiche des Haushaltes vorzuschlagen, wo
Einsparungen realisiert werden sollen. Die Aufgabe der
Politik ist es, entsprechende Prioritäten zu setzen.**

**Wir erinnern uns 10 Jahre zurück. Als die CDU die
Mehrheit erhalten hatte, war aufgrund der desolaten
Finanzlage der Stadt die Aufstellung eines
Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich geworden.
Wir haben uns damals der Aufgabe pflichtbewusst und
verantwortungsvoll gestellt und die Verwaltung mit der
Erarbeitung von Einsparvorschlägen in diversen
Bereichen beauftragt. Schmerzhaft Entscheidungen
wurden von uns getroffen. Das Resultat war ein
tragfähiges Haushaltssicherungskonzept als erfolgreicher
Plan für den Weg aus der Krise.**

Und was tut die neue Mehrheit 2010? NICHTS

Die Verabschiedung des Haushaltes wird um 2 Monate verschoben. Konstruktive Einsparungsvorschläge werden nicht unterbreitet. Vielmehr werden weitere Ausgaben beschlossen.

Statt die im letzten Jahr einstimmig im Rat beschlossene Aufstellung eines HSK zu verfolgen, steckt die neue Gestaltungsmehrheit den Kopf in den Sand.

Der Kämmerer, welcher sich bei der Aufstellung des Haushaltplanes auch nicht mit Ruhm bekleckert hat, schlägt nun kurz vor der Ratssitzung pauschale Kürzungen vor. Die überzogenen Anmeldungen der Ämter werden nur auf leicht über dem Jahresergebnis 2009 liegende Werte zurückgefahren. Die Bezeichnung "Top down" dürfte das Beste an dieser Maßnahme sein. Auf Deutsch könnte man die Maßnahme auch "Verschiebebahnhof" nennen.

Auf konstruktive Vorschläge der neuen Mehrheit wartet man vergebens.

Kaum an der Macht hat auch die BmU ihrem Sparwillen abgeschworen.

Entschuldigung, sparen will man bei der Graffitibeseitigung an den Erkrather Bahnhöfen. Die in keinem Verhältnis zu der Einsparung von 12.000 € stehenden Folgekosten dürften die Sache als Schildbürgerstreich enden lassen.

Den Griechen muss man zugute halten, dass sie sich wenigstens mit der Finanzsituation auseinandersetzen und Vorschlägen zugänglich sind. Bei SPD, Grünen und BmU ist jede Auseinandersetzung mit der Problematik zu vermissen.

Es wird nicht eingespart, sondern noch fleißig draufgesattelt, um an sein Wahlklientel Wohltaten zu verteilen. Beispiele hierfür sind die Erhöhung der Stundenlöhne für Pflegemütter und die Freistellung von Gebühren bei der OGS von Geschwisterkindern und Eltern mit einem niedrigen Einkommen.

Wohlgemerkt, dies könnte man tun, wenn man sich auf der anderen Seite um zusätzliche Einnahmen kümmern würde.

Aber auch in diesem Punkt ist die neue Mehrheit beratungsresistent.

Neue Einwohner und Einnahmen will man nicht. Herr Ehlert springt im Wahlkampf über das Stöckchen der Grünen und gibt eine alte Forderung der SPD auf Bebauung des Gebietes „Keines Bruchhaus“ auf. Einige Monate vorher hatten er und seine Genossen noch zugestimmt. Hier entgeht nun der Stadt Erkrath ein Verkaufserlös für das Grundstück von ca. 3.400.000 €. Hinzuzurechnen sind Einnahmen aus Grundsteuer, besserer Auslastung der Infrastruktur, Einkommensteueranteilen und Kaufkraft für die örtliche Wirtschaft.

Gleiches gilt für das Gebiet Schmiedestraße. Einer moderaten Bebauung verschließt man sich, weil einige Anwohner verklärte Erinnerungen aus der Jugend an eine Hasenwiese haben. In diesem Fall entgeht der Stadt Erkrath ein Verkaufserlös von rund 1.900.000 €

Aber meine Damen und Herren, es wird noch viel besser Auch der Ansiedlung von neuen Unternehmen mit Arbeitsplätzen steht die neue Mehrheit feindlich gegenüber.

Wir erinnern uns: Mit den Stimmen der SPD wurde von einigen Jahren beschlossen, das im FNP als Industriegebiet ausgewiesene Gebiet Neanderhöhe in ein Gewerbegebiet umzuwandeln. Um sich die Unterstützung der Grünen bei seiner Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters zu sichern, verkaufte Herr Ehlert auch diese Position an die Grünen. Nicht nur der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan soll jetzt aufgehoben werden. Nein, die neue Mehrheit will auch die Zukunft Erkraths verbauen und das Gebiet im Flächennutzungsplan in Grünland umwandeln. Ich nenne das Politik der „verbrannten Erde“. Hier wird für alle Zukunft eine Bebauung des Gebietes unmöglich gemacht.

Als Alibi für die Fehlentscheidungen muss ein Stadtentwicklungskonzept erhalten. Für Kosten in Höhe von 180.000 €, Tendenz steigend, will die neue Missstaltungsmehrheit die Stadtentwicklung Erkraths planen lassen. Weil das Ergebnis möglicherweise jedoch nicht die Positionen von SPD, Grünen und BmU zur Verhinderung von Stadtentwicklung bestätigen würde, soll der Gutachter nun ein Denkverbot erhalten. Die einzigen zur Verfügung stehenden größeren Flächen „Kleines Bruchhaus“, „Schmiedestraße“ „Neanderhöhe“ und „Auf den 12 Morgen“ erklärt man für tabu, und verbietet dem Gutachter die Einbeziehung in seine Überlegungen.

Die Gutachter reagierten im Ausschuss verstört auf diese Vorgaben. Der Vorschlag der CDU, ein ergebnisoffenes Stadtentwicklungskonzept in Auftrag zu geben, wurde von der neuen Mehrheit ohne Begründung abgelehnt.

Bei Realisierung der von uns auf den Weg gebrachten Bau- und Gewerbegebiete wäre Erkrath gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Umliegende Städte werden in den nächsten Jahren bei einer erstarkenden Nachfrage interessante Flächen für Wohnen und Arbeiten auf den Markt werfen. In Erkrath verschläft die neue Mehrheit die Zeichen der Zeit.

Bestes Beispiel hierfür ist, dass die Stadt nicht in der Lage ist, einem an der Ansiedlung in Erkrath interessierten Unternehmen mit mehr als 300 Arbeitsplätzen ein Grundstück in Erkrath anzubieten. Bei Fortsetzung des B-Planverfahrens Neanderhöhe hätte sich die Firma dort angesiedelt.

Wohlgemerkt: Keine Halle, keine Immissionen, sondern ein Verwaltungsgebäude mit mehr als 300 Arbeitsplätzen und ein warmer Regen an Gewerbesteuer.

So meine Damen und Herren verbaut man Erkrath die Zukunft.

Auch darin, den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen, sind sie groß. Obwohl sich die Gewinne der Stadtwerke Erkrath verdoppelt haben, hat die neue Mehrheit vor einigen Monaten beschlossen die Strom- und Gaspreise zu erhöhen. Aber Sie können sicher sein: Die Bürger wissen schon, was sie davon zu halten haben.

Mit uns wird es auch 2010 und in den Folgejahren keine Steuererhöhung geben. Der seit 1995 stabile Hebesatz der Gewerbesteuer von 400 Punkten dient der Wettbewerbsfähigkeit unseres Gewerbestandortes und der Planungssicherheit für die Unternehmen.

Auch sprechen wir uns gegen eine Erhöhung der Grundsteuern A und B aus.

Die diesjährigen Überschriften der Stellungnahme der IHK zum Haushaltsplanentwurf 2010 lauten:

- *Einbruch der Gewerbesteuer setzt sich fort.*
- *Gemeindefinanzreform dringlicher denn je*
- *Neuansiedlung von attraktiven Unternehmen*

Ich zitiere: „Um im Wettbewerb mit anderen Gemeinden bei der umworbenen Zielgruppe der ertragsstarken Unternehmen erfolgreich zu sein, benötigt die lokale Wirtschaftsförderung ein attraktives Angebot von marktfähigen Gewerbeflächen. Die IHK sieht daher die derzeitige Entwicklung mit Sorge. Trotz dramatischem Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen und offenkundigen Mängeln an attraktiven Gewerbeflächen verzichtete die Stadt Erkrath auf die Ausweisung von Gewerbeflächen. Mit der Aufgabe der Neanderhöhe als Gewerbegebiet beraubt sich Erkrath einer der letzten Flächen, die hätten erfolgversprechend vermarktet werden können.“ (...) “ Der Verzicht auf Gewerbeansiedlungen und damit Steuereinnahmen von heute sind die Kürzungen bei den kommunalen Leistungen und die Senkung von Standards für die Bürger von morgen.“ (Zitatende)

Die IHK bestätigt, dass die Politik der neuen Mehrheit die Zukunftsfähigkeit der Stadt Erkrath gefährdet.

Die CDU hat in den letzten fünf Jahren Schritt für Schritt die Ziele aus ihrem Wahlprogramm umgesetzt.

So haben wir in dem letzten Jahr viel für die Erkrather Bürgerinnen und Bürger erreicht:

Die Multifunktionsanlage für Kinder und Jugendliche an der Düsselau wurde im Sommer eröffnet.

Es wurden vier neue Mitarbeiter für den Außendienst des Ordnungsamtes eingestellt. Das Ordnungsamt wird dadurch in die Lage versetzt, mobil und auch abends und an Wochenenden Präsenz zu zeigen und notwendige Maßnahmen sofort zu ergreifen.

An beiden Ganztagsgymnasien werden zur Zeit Mensen errichtet. Der CDU war es gegen den Widerstand von SPD, Grünen und BmU gelungen, beim Land NRW den Zuschlag für die Umwandlung der beiden Gymnasien und der Realschule in Hochdahl in Ganztagschulen zu erhalten.

Ein langjähriger Wunsch vieler Bürger wurde erfüllt. Gegen den Willen von SPD, Grüne und BmU haben wir die Neugestaltung des Hochdahler Marktes auf den Weg gebracht. Der Umbau wird im Sommer beendet sein. Die Zukunft des Einzelhandelszentrums Hochdahler Markt wird durch die Neugestaltung gesichert.

Die Sportanlage des SCU in Unterfeldhaus wird einen weiteren Kunstrasenplatz erhalten. Die Maßnahme wird von der Stadt Düsseldorf und der Stadt Erkrath gemeinsam finanziert.

Seit 2003 wurden unter unser Verantwortung im Verwaltungshaushalt aufgelaufene Sollfehlbeträge in Höhe von insgesamt 12,3 Mio. € abgebaut.

Trotz vielfältiger Investitionen wurde zudem die Verschuldung der Stadt Erkrath in den letzten drei Jahren von

2008 = 35.880.000 €

2009 = 34.000.000 €

2010 auf 33.000.000 € gesenkt.

Die neue Mehrheit beschließt nun mit dem Haushaltsplan alleine für das Jahr 2010 eine Kreditaufnahme von 10.183.454 €.

Meine Damen und Herren: Sie verspielen mit Ihrer Konzeptlosigkeit die Zukunft der kommenden Generationen.

Bleibt zum Ende meiner Rede noch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und den Bürgermeister für die im letzten Jahr geleistete Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Erkrath.

Die CDU-Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.